

40 Jahre Lebensqualität

Eine Fortschrittsoption in den besten Jahren

von Alban Knecht und Philipp Catterfeld

(In leicht veränderter Fassung erschienen in der *Esslinger Zeitung* vom 10./11.1.2012, S. 33)

Zugang über: <https://www.albanknecht.de/publikationen.html>
Permanente Adresse der akt. Version:
https://www.albanknecht.de/publikationen/40_Jahre_Lebensqualität.pdf

1972 schwappte der Begriff Lebensqualität über den Atlantik nach Deutschland. Plötzlich war er einfach da. Im April des Jahres veranstaltete die IG Metall in Oberhausen einen Kongress zum Thema „Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens“ mit 1.250 Teilnehmern, darunter der Bundesminister für Entwicklungszusammenarbeit Erhard Eppler, Johannes Rau, damals NRW-Wissenschaftsminister und der schwedische Ministerpräsident Olof Palme.

Nach dem langen Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit wurde das Bruttosozialprodukt als allein selig machendes Wohlstandsmaß immer stärker in Frage gestellt. Bereits 1961 war der „Blaue Himmel über der Ruhr“ Wahlkampfthema gewesen. Elf Jahre später schien die Welt nun endgültig an ihre Wachstumsgrenzen zu stoßen: Der zunehmende Verkehr produzierte immer mehr Staus und Lärm, die industrielle Produktion immer mehr Luftverschmutzung. Die Nebenfolgen des Wohlstandes drohten den Wohlstand selbst zu gefährden.

Im Oktober 1972 entschied die SPD den Begriff der Lebensqualität im Wahlkampf zu verwenden und benannte ihr Wahlprogramm ent-

sprechend: *Für Frieden, Sicherheit und eine bessere Qualität des Lebens*. Dort heißt es: „Ein ‚mehr‘ an Produktion, Gewinn und Konsum bedeutet noch nicht automatisch ein ‚mehr‘ an Zufriedenheit, Glück und Entfaltungsmöglichkeiten für den einzelnen. Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard. Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit vor Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, zu Spiel und Zusammenleben, zur Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden. Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.“

Bezüglich der „Qualität unseres Lebens“ wurden im Parteiprogramm für eine bessere Gesundheitsversorgung, für saubere Umwelt, wohnlichere Städte, mehr Arbeitsschutz und Mitbestimmung plädiert. Vom Ausbau der Fernstraßen wurde stolz berichtet, allerdings auch der Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs in großstädtischen Ballungszentren postuliert. Überhaupt

wurden kollektive Anstrengungen betont: „Der Wohlstand des Bürgers und die Qualität seines Lebens hängen heute ebenso sehr von Gemeinschaftseinrichtungen ab wie von privatem Einkommen und privatem Konsum. Immer mehr Bedürfnisse des Bürgers müssen deshalb durch öffentliche Dienstleistungen und Investitionen befriedigt werden.“

Der Bundestagswahlkampf der SPD 1972 stellte den Höhepunkt des Versuchs dar, ein lebenswerteres Leben für die Bürgerinnen und Bürger durch eine umfassenden „Gesellschaftspolitik“ zu erreichen. Für Willy Brandt gab es mehrere Anknüpfungspunkte an seine bisherige Politik: „Der blaue Himmel über der Ruhr“ war bereits sein Thema gewesen; und auch die Mitbestimmung, die nun als Teil von Lebensqualität angepriesen wurde, stellte unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ bereits einen Teil seines persönlichen Wahlprogramms dar. Dass Willy Brandt die Bundestagswahl am 19. November 1972 mit dem besten Ergebnis, das die SPD je erreichte, für sich entschied, hatte er neben seiner Versöhnungspolitik mit dem Osten auch der Thematisierung von Lebensqualität zu verdanken. Doch obwohl der Staat immer mehr Geld für seine neuen Pläne ausgab – die Sozialquote stieg bis 1975 auf über 30 Prozent –, wurde nur ein kleiner Teil des ambitionierten Lebensqualitätsprojekts umgesetzt. Nach Brandts Rücktritt 1974 stellte Helmut Schmidt die Weichen neu. Ölkrise und die steigende Arbeitslosigkeit interpretierte der Volkswirt Schmidt nicht als Anzeichen einer ökologischen Krise, sondern als „normale“ Wirtschaftskrise und antwortete mit einem keynesianischen Programm verstärkter staatlicher Investitionen um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Frage, ob dies die Lebensqualität erhöhen würde oder ökologisch vertretbar wäre, spielte dabei keine Rolle mehr.

Dabei zeichnete der Bericht des „Club of Rome“, der ebenfalls 1972 erschienen war, dramatische Zukunftsaussichten. Donella und Dennis Meadows hatten mit Hilfe aufwändiger Simulationen, die erst durch die damals neue Computertechnologie ermöglicht wurden, berechnet, dass die Welt durch die Zunahme der Weltbevölkerung,

durch Industrialisierung, Umweltverschmutzung und die immer schnellere Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe unausweichlich an ihre Wachstumsgrenzen stoßen würde. Ein Zusammenbruch der Wirtschaft und stark sinkende Bevölkerungszahlen wären das Ergebnis, würde nicht sofort gegengesteuert werden.

Obwohl das Lebensqualitätskonzept die Alternative zum allgemein akzeptierten Leitkonzept des Wirtschaftswachstums gewesen wäre, konnte es sich trotz oder gerade wegen der wirtschaftlichen Krise nicht durchsetzen.

Allerdings taucht der Begriff Lebensqualität in den 80er Jahren in der Stadtplanung, der Architektur, der Psychologie und insbesondere in der Medizin auf. Lebensqualität wurde nun nicht mehr auf eine gesellschaftlich-politische Situation bezogen, sondern individualisiert – und damit auch seines utopischen, gesellschaftspolitischen Inhalts entleert. In der Medizin wurden beispielsweise die subjektiv gefühlten Nebenfolgen von operativen Eingriffen beschrieben. In Großbritannien und den USA wurden sogar Versuche gestartet der Mittelknappheit im Gesundheitswesen mit Hilfe von ‚qualitätsbewerteten Lebensjahren‘ Herr zu werden. Ein Lebensjahr, während dem jemand an Einschränkungen seiner Gesundheit und Lebensqualität leidet, wird dabei ein geringerer Wert zugesprochen, als einem Lebensjahr, das bei guter Gesundheit verbracht wird. Dieser Versuch der Rationierung medizinischer Leistungen kann heute zwar als gescheitert bezeichnet werden, da das Verfahren zu keiner sinnvollen Reihung möglicher Behandlungen führte, dennoch wird die Richtung klar. Lebensqualität wurde in Quantitäten überführt und neuen Optimierungskalkülen zugänglich gemacht. Der humane und innovative Geist der Anfangsphase wurde immer weiter individualisiert, quantifiziert und damit letztendlich profanisiert.

Die Entwicklung des Lebensqualitätsbegriffs über die Jahre lässt sich gut an den entsprechenden Buchtiteln ablesen: Während Bücher, die das Thema Lebensqualität für sich beanspruchten, in den 70er Jahren noch Titel trugen wie »Lebensqualität«? Von der Hoffnung Mensch zu sein, lautet ein typischer Titel der 80er Jahre „Neue Wege

einer an der Lebensqualität orientierten ambulanten Krebstherapie“. Ab den 90ern wurde differenziert geforscht, Titel von Dissertationen konnten von nun an sperrige Titel tragen wie „Lebensqualität im ländlichen Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der Exposition gegenüber Intensivtierhaltungsbetrieben“. Nach der Jahrhundertwende traten dann sogar Titel in Erscheinung wie „Druck und Stress im Vertrieb positiv nutzen: So steigern Sie berufliche Performance und Lebensqualität“ und „Wohnimmobilien in Steueroasen. Solide investieren – Werte sichern. Lebensqualität steuerlich optimieren“.

Was die Politik betrifft, so haben die Bürgerinitiativen die Lücke gefüllt, die dadurch entstanden ist, dass Brandts Versprechen von „Mehr Demokratie“ nicht umgesetzt wurde. Sie waren es auch, die für ihre Lebensqualität vor Ort kämpften, die sie durch immer mehr Straßen, Start- und Landebahnen und Atomkraftwerke gefährdet sahen. Als aus diesen Initiativen 1980 die Grünen wurden, spielt das Thema wieder eine Rolle. So schreibt das Gründungsmitglied Petra Kelly in ihrem Buch *Um Hoffnung kämpfen*: „Irgendwo müssen wir alle praktisch und handfest klarstellen, dass erst der Mensch und danach die Wirtschaft kommt“. Und sie schlussfolgert daraus: „Anstelle der Steigerung der Warenmassen im Rahmen der erweiterten Produktion des Kapitals soll es nun die Steigerung der Lebensqualität im Einklang mit der Notwendigkeit zyklischer Erneuerung und der Erhaltung der Natur geben.“

Kellys Haltung war getragen von der Idee, dass sich die Gesellschaft langsam aber sicher zum Postmaterialismus hinwendet. Soziologen hatten vermutet, dass materielle Werte nach und nach unwichtiger werden würden und sich die Menschen zunehmend auf immaterielle Werte wie Gesundheit, Freizeit, Umweltschutz und Bildung fokussieren. Die Fundis unter den Grünen verstanden sich „als Vertreter der Minderheiten, der Diskriminierten, der Kranken, der sozial schwachen, der Kinder, der kommenden Generationen, der Tiere und Pflanzen“. Doch letztlich sollten sich Materialismus und Realos gegen Postmaterialismus und Fundis durchsetzen.

Nachdem Wachstum und immer größerer Res-

ourcenverbrauch anrühlich wurden und die Industriestaaten gegenüber anderen, aufschließenden Staaten nicht mehr mit hohen Wachstumsquoten punkten können, suchen heute auch Politikerinnen und Politiker nach neuen Begriffen um die bestehende Situation erklärbar zu machen. Seit etwa fünf Jahren wird verstärkt nach Alternativen zum Bruttosozialprodukt gesucht. Unter dem Titel „Beyond GDP“, also „Jenseits des Bruttosozialproduktes“, arbeitet die EU derzeit an neuen Konzepten zur Wohlfahrtsmessung. Die OECD hat einen Better-Life-Index entwickelt; Nicolas Sarkozy hat 2009 eine „Kommission zur Messung des ökonomischen und sozialen Fortschritts“ unter der Leitung der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen ins Leben gerufen. Zu guter Letzt hat auch der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zu "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" einberufen.

Auch der Protest in der Gesellschaft regt sich heute stärker. Dass für viele Menschen das Wirtschaftswachstum an sich nicht mehr das Maß aller Dinge ist, hat sich immer wieder am Widerstand gegen Großprojekte festgemacht. Das Gefühl, dass die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen geopfert werden, um überzogene Gewinne zu erwirtschaften, spiegelt sich als roter Faden in vielen Protestargumentationen – egal ob es um die Frankfurter Startbahn West oder um Stuttgart 21 geht. In München etwa – eine der wirtschaftlich zugkräftigsten Regionen Deutschlands – formiert sich schon seit Jahren der demokratische Widerstand der Bürger, die sich ein immer fortdauerndes Wachstum längst nicht mehr vorstellen können. 2004 votieren sie in einem Volksentscheid, dass Hochhäuser innerhalb der Stadt die Höhe von 100 Meter nicht überschreiten dürften. 2012 lehnen sie in einem weiteren Volksentscheid eine dritte Startbahn des Münchner Flughafens ab. Auch der Widerstand gegen die Winterolympiade 2018 hat nichts mit einem Mangel an Sportbegeisterung zu tun, sondern mit einem eher allgemeinen Verdacht, dass sich hier in erster Linie irgendwelche Funktionäre und einige Medienunternehmer goldene Nasen verdienen werden. Gerade weil die Olympiade 1972 weniger ökonomisch ausgerichtet

war, konnten die Organisatoren damals mit einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung rechnen. Hans-Jochen Vogel, damals Oberbürgermeister von München, erinnerte sich daran kürzlich in einem SZ-Interview: „... der Gedanke, dass München die Jugend der Welt zu Gast haben würde, hat die Menschen auch im emotionalen Bereich bewegt.“

In all diesen Protesten scheint sich die schon 1972 geäußerte Kritik an fehlender demokratischer Mitgestaltung mit der Frage, wer eigentlich von solchen Projekten finanziell profitiert, zu einer Kritik an einem ungerichteten Wirtschaftswachstum zu verdichten. Die Bankenkrise hat dafür weiter sensibilisiert.

Ansätze wie *Green New Deal* oder die *Green Economy*, die vorgaukeln, man könne im Prinzip so weitermachen wie bisher – nur ein bisschen grüner – wirken unter dieser Perspektive wie sinnlose Schattenkämpfe. Und so stehen wir – ganz ähnlich wie unsere Vorfahren vor 40 Jahren – unverändert vor der gesellschaftlichen Aufgabe, neue Wege in eine erträglichere Welt zu suchen und neue gesellschaftliche Ziele jenseits von immer größeren Waren- und Geldströmen zu finden.